Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der

Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 11. Juni

1963

Inhalt:

Pfarrerbesoldungsgesetz

Kirchliches Gesetz

über die

**Besoldung und Versorgung der
Pfarrer**

(Pfarrerbesoldungsgesetz - PfBG)

Vom 25. April 1963

Inhalt:

	§§
I. Einleitende Vorschrift	1
II. Dienstbezüge	
1. Allgemeines	2—3
2. Grundgehalt	4—6
3. Besoldungsdienstalter	7—10
4. Dienstwohnung und Ortszuschlag	11—13
5. Kinderzuschlag	14
III. Versorgung	
1. Arten der Versorgung	15
2. Wartegeld und Ruhegehalt	
a) Allgemeines	16—17
b) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge	18
c) Ruhegehaltfähige Dienstzeit	19—23
d) Höhe des Wartegeldes	24—25
e) Höhe des Ruhegehalts	26
3. Unterhaltsbeitrag	27
4. Hinterbliebenenversorgung	
a) Sterbemonat	28
b) Sterbegeld und Dienstwohnung	29—30
c) Witwen- und Waisenbezüge	31—39
d) Bezüge bei Verschollenheit	40
5. Kinderzuschlag	41
6. Unfallfürsorge	42—43
7. Abfindung	44
8. Ruhen der Versorgungsbezüge	45—48
9. Erlöschen der Versorgungsbezüge	49—51
IV. Gemeinsame Vorschriften und sonstige Bestimmungen	
1. Monatliche Zahlung	52
2. Kirchlicher Dienst (Begriffsbestimmung)	53
3. Jubiläumsgabe, Weihnachtzuwendung	54
4. Allgemeine Änderungen in der Höhe der Dienst- und Versorgungsbezüge	55
5. Ergänzende Anwendung staatlicher Bestimmungen	56
V. Übergangs-, Ausführungs- und Schlußbestimmungen	
1. Übergangsbestimmungen	57
2. Ausführungsbestimmungen, Härtefälle	58
3. Inkrafttreten	59

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

I. Abschnitt

Einleitende Vorschrift

§ 1

(1) Die Pfarrer erhalten Besoldung und Versorgung für sich und ihre Hinterbliebenen nach diesem Gesetz.

(2) Pfarrer im Sinne dieses Gesetzes sind die auf Lebenszeit angestellten Pfarrer und Pfarrerinnen, die Dekane und Prälaten sowie die unständigen Geistlichen (§ 64 der Grundordnung).

II. Abschnitt

Dienstbezüge

1. Allgemeines

§ 2

Zusammensetzung der Dienstbezüge

Die Dienstbezüge der Pfarrer bestehen aus

1. Grundgehalt
2. freier Dienstwohnung oder Ortszuschlag
3. Kinderzuschlag.

§ 3

Beginn des Anspruchs auf Dienstbezüge

(1) Die Pfarrer erhalten die Dienstbezüge von dem Tage ihres Dienstantritts an.

(2) Sind Dienstbezüge nur für einen Teil eines Monats zu zahlen, so wird für jeden Tag ein Dreißigstel der Monatsbezüge gezahlt.

2. Grundgehalt

§ 4

Einstufung in Besoldungsgruppen

Die Pfarrer erhalten Grundgehalt nach einer Besoldungsgruppe des Landesbesoldungsgesetzes in seiner bei Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung.

Es werden eingestuft	in Besoldungsgruppe
1. unständige Geistliche	A 13
2. auf Lebenszeit angestellte Pfarrer bis zur vierten Dienstaltersstufe	A 13
3. auf Lebenszeit angestellte Gemeindepfarrer von der fünften Dienstaltersstufe an bei einer Seelenzahl ihres gesamten Dienstbereichs	
bis 999	A 13
von 1 000—1 999	A 13 a
von 2 000—3 999	A 13 b
von 4 000 an	A 14
4. auf Lebenszeit angestellte Religionslehrer(innen) von der zehnten Dienstaltersstufe an	A 13, A 13 b
5. auf Lebenszeit angestellte Krankenhauspfarrer(innen) von der fünften Dienstaltersstufe an	A 13 a,
von der zwölften Dienstaltersstufe an	A 13 b

6. Pfarrer und Pfarrerinnen der Landeskirche im übrigen von der fünften Dienstaltersstufe an in die vom Evangelischen Oberkirchenrat mit Zustimmung des Landeskirchenrats festgelegten Besoldungsgruppen

7. Dekane bei einer Seelenzahl ihres Kirchenbezirks

bis 29 999	A 14
von 30 000—59 999	A 14 a
von 60 000 an	A 15,

mindestens jedoch in die Besoldungsgruppe, die zwei Gruppen höher liegt als die für ihre Gemeindepfarrstelle maßgebende Besoldungsgruppe.

Dekane erhalten eine Dienstaufwandsentschädigung, die vom Evangelischen Oberkirchenrat festgesetzt wird.

8. Prälaten A 15 a

§ 5

Anderung der Einstufung

(1) Die Seelenzahl wird vom Evangelischen Oberkirchenrat festgestellt. Änderungen der Seelenzahl, die die Einstufung einer Pfarrstelle berühren, werden in der Regel von dem auf die Feststellung folgenden 1. Januar oder 1. Juli an berücksichtigt.

(2) Wird ein Pfarrer auf eine niedriger eingestufte Pfarrstelle oder Dekanstelle berufen oder ist durch Neueinteilung des Dienstbereichs oder Absinken der Seelenzahl seine Pfarrstelle oder Dekanstelle niedriger einzustufen, so bleibt der Pfarrer in der bisherigen Besoldungsgruppe, wenn er Gehalt aus dieser oder einer höheren Gruppe zusammen ununterbrochen mindestens zwölf Jahre bezogen hat. Bei einer solchen Bezugszeit von mindestens sechs Jahren wird er nur um eine Besoldungsgruppe zurückgestuft. Einen Pfarrer, der aus einem besonderen gesamtkirchlichen Interesse auf eine andere Pfarrstelle oder Dekanstelle berufen wird, kann der Evangelische Oberkirchenrat mit Zustimmung des Landeskirchenrats, unabhängig von den in Satz 1 und 2 genannten Dienstzeiten, in der bisherigen Besoldungsgruppe belassen.

§ 6

Dienstaltersstufen

(1) Das Grundgehalt steigt nach Dienstaltersstufen von zwei zu zwei Jahren um die Dienstalterszulage bis zum Endgrundgehalt. Der Tag, von dem für das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen auszugehen ist, bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter.

(2) Der Anspruch auf das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen ruht, solange der Pfarrer nach den Vorschriften des kirchlichen Disziplinarrechts beurlaubt oder vorläufig des Dienstes entoben ist. Führt das Disziplinarverfahren zur Amtsenthebung oder zur Entfernung aus dem Dienst, so erlischt der Anspruch auch für die Zeit des Ruhens.

(3) Während des Wartestandes rückt der Pfarrer, abgesehen von einer Verwendung im Sinne des § 81 Absatz 3 des Pfarrerdienstgesetzes, in den Dienstaltersstufen nicht auf.

3. Besoldungsdienstalter

§ 7

Besoldungsdienstalter im Regelfall

(1) In den Besoldungsgruppen A 13 bis A 14 a beginnt das Besoldungsdienstalter am Ersten des Monats, in dem der Pfarrer das dreiundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Hat der Pfarrer das dreiundzwanzigste Lebensjahr am Tage seines Dienstantritts (§ 3 Absatz 1) überschritten, so wird der Beginn des Besoldungsdienstalters um die Hälfte der Zeit hinausgeschoben, um die er älter ist.

(3) Von der Zeit, um die er beim Dienstantritt älter ist als dreiundzwanzig Jahre (Absatz 2), werden abgesetzt:

1. die nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres in der Regel zurückzulegende Mindestzeit der außer der allgemeinen Schulbildung vorgeschriebenen Ausbildung, soweit sie drei Jahre übersteigt,
2. nach Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres liegende Zeiten eines hauptberuflichen kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienstes, soweit nicht die §§ 8 und 9 etwas anderes bestimmen,
3. nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Zeiten eines Kriegsdienstes, einer Kriegsgefangenschaft, eines kriegsbedingten Notdienstes ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses, eines nichtberufsmäßigen Reichsarbeits- oder Wehrdienstes oder eines berufsmäßigen Reichsarbeits- oder Wehrdienstes, soweit er die Zeit der gesetzlichen Reichsarbeits- und Wehrdienstpflicht umfaßt, ferner in diesem Rahmen Zeiten, die im Anschluß an die Entlassung aus dem Arbeits-, Wehr- oder Kriegsdienst oder aus der Kriegsgefangenschaft wegen einer gesundheitlichen Schädigung im Sinne des § 1 des Bundesversorgungsgesetzes arbeitsunfähig in Heilbehandlung verbracht worden sind.

Derselbe Zeitraum darf nur nach einer der Vorschriften unter Nr. 1 bis 3 abgesetzt werden.

(4) Die Zeit, um die das Besoldungsdienstalter nach Absatz 2 und 3 später beginnt, wird auf volle Monate nach unten abgerundet.

(5) In den Besoldungsgruppen A 15 bis A 16 ist das nach den Absätzen 1 bis 4 zu errechnende Besoldungsdienstalter um vier Jahre, beim Übertritt aus der Besoldungsgruppe A 14 a in die Besoldungsgruppe A 15 nur um zwei Jahre hinauszuschieben.

§ 8

Frühere hauptberufliche Dienste

Bei Anwendung des § 7 Absatz 3 Nr. 2 wird ein Dienst, der der Tätigkeit eines Pfarrers (§ 1 Absatz 2) gleichzubewerten ist, in vollem Umfang berücksichtigt. Ein nicht gleichzubewertender Dienst, eine Tätigkeit in privatem Dienst oder eine freiberufliche Tätigkeit kann ganz oder teilweise berück-

sichtigt werden, wenn die Tätigkeit für den Pfarrerberuf förderlich war oder eine solche Berücksichtigung zum Ausgleich finanzieller Einbußen, die dem Pfarrer infolge seines Übergangs in den Pfarrerberuf erwachsen sind, billig erscheint.

§ 9

Nicht zu berücksichtigende frühere Dienstzeiten

(1) Bei Anwendung des § 7 Absatz 3 Nr. 2 werden nicht berücksichtigt

1. Dienstzeiten in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, das durch Disziplinarurteil, durch gerichtliches Urteil, durch eine sonstige Entlassung aus disziplinarrechtlichen Gründen oder zur Vermeidung einer disziplinarrechtlichen Untersuchung durch Niederlegung des Dienstes beendet worden ist,
2. Dienstzeiten als Pfarrer (§ 1 Absatz 2) in einem Dienstverhältnis, das durch Ausscheiden aus dem Dienst beendet worden ist,
3. Dienstzeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, das aus einem von dem Bediensteten zu vertretenden Grunde mit sofortiger Wirkung gekündigt worden ist,
4. Dienstzeiten, für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt worden ist.

(2) Der Evangelische Oberkirchenrat kann Ausnahmen von den Vorschriften des Absatz 1 Nr. 1 bis 3 gewähren.

§ 10

Besoldungsdienstalter in besonderen Fällen

(1) Wird ein Pfarrer ohne Dienstbezüge beurlaubt, so wird der Beginn des Besoldungsdienstalters um die Hälfte der Zeit des Urlaubs hinausgeschoben. Bei Beurlaubung im kirchlichen Interesse kann der Evangelische Oberkirchenrat hiervon ganz oder teilweise absehen.

(2) Wird ein Pfarrer im Warte- oder im Ruhestand nach §§ 81 bzw. 91 des Pfarrerdienstgesetzes wieder zum Dienst berufen, so wird sein Besoldungsdienstalter neu festgesetzt.

(3) Für die Bemessung der in Absatz 1 genannten Zeit gilt § 7 Absatz 4 entsprechend.

4. Dienstwohnung und Ortszuschlag

§ 11

Dienstwohnung

Die vorhandene Dienstwohnung mit dem dazugehörigen Hausgarten und etwa vorhandener Garage hat der Pfarrer in unentgeltlichem Genuß. Sie ist den Gemeindepfarrern (§ 1 Absatz 2) mangels eines anderen Verpflichteten von der Kirchengemeinde zu gewähren.

§ 12

Ortszuschlag

(1) Kann eine Dienstwohnung nicht gestellt werden, so wird von dem Träger der Wohnungslast (§ 11) Ortszuschlag nach den für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen gewährt.

(2) Verheiratete Pfarrer, deren Ehegatte im öffentlichen Dienst steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamten-

rechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, erhalten Ortszuschlag höchstens in dem Umfang, daß die Ortszuschläge beider Ehegatten zusammengerechnet nicht höher sind als der Betrag, der den beiden Ehegatten zustehen würde, wenn sie beide im nichtkirchlichen öffentlichen Dienst stünden.

§ 13

Auslagenersatz für das Dienstzimmer

Den ein Gemeindepfarramt innehabenden oder verwaltenden Pfarrern sowie den Pfarrvikaren hat die Gemeinde die Auslagen für die Beleuchtung, Heizung und Reinigung des Dienstzimmers aus örtlichen kirchlichen Mitteln zu ersetzen.

5. Kinderzuschlag

§ 14

(1) Die Pfarrer erhalten Kinderzuschlag für eheliche Kinder, an Kindes Statt angenommene Kinder und unter besonderen Voraussetzungen für Stiefkinder, Pflegekinder und Enkel mindestens nach den jeweils für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen. Für verheiratete, verwitwete und geschiedene Kinder wird kein Kinderzuschlag gewährt.

(2) Der Kinderzuschlag richtet sich im Grundbetrag nach den für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen. Hinzu kommt ein Zuschlag für jedes kinderzuschlagberechtigende Kind und zwar monatlich

	DM
a) für ein Kind	20.—
b) für ein zweites bis zum fünften Kind je	25.—
c) für ein sechstes und jedes weitere Kind	30.—

(3) Der Kinderzuschlag wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in den das für die Gewährung maßgebende Ereignis fällt. Entfällt der Grund für die Gewährung des Kinderzuschlags, so wird die Zahlung erst mit dem Ablauf des nächsten Monats eingestellt.

(4) Soweit Kinderzuschlag gegenüber einer nichtkirchlichen öffentlichen Kasse beansprucht werden kann, entfällt der Anspruch auf Kinderzuschlagszahlung nach diesem Gesetz.

III. Abschnitt

Versorgung

1. Arten der Versorgung

§ 15

Die Versorgung umfaßt

- Wartegeld,
- Ruhegehalt,
- Unterhaltsbeitrag,
- Hinterbliebenenversorgung,
- Unfallfürsorge,
- Abfindung.

2. Wartegeld und Ruhegehalt

a) Allgemeines

§ 16

Anspruch auf Ruhegehalt

Ein Ruhegehalt wird gewährt, wenn der Pfarrer
1. auf Lebenszeit angestellt war oder

2. infolge Krankheit oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne eigenes grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig (§ 85 des Pfarrerdienstgesetzes) geworden ist.

§ 17

Berechnungsgrundlage

Das Wartegeld und das Ruhegehalt werden auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet.

b) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

§ 18

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind:

1. das Grundgehalt, das dem Pfarrer zuletzt zugestanden hat,
2. der Ortszuschlag, der nach den für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen zu bemessen ist. § 12 Absatz 2 gilt entsprechend.

c) Ruhegehaltfähige Dienstzeit

§ 19

Anzurechnende Dienstzeiten

Ruhegehaltfähige Dienstzeiten sind

1. die als Pfarrer (§ 1 Absatz 2) im Dienst der Landeskirche oder einer anderen Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland verbrachte Zeit vom Dienstantritt nach dem zweiten theologischen Examen an einschließlich der Dienstzeiten, die gemäß §§ 100, 102 bis 104, 106 und 107 des Pfarrerdienstgesetzes anzurechnen sind,
2. die in § 7 Absatz 3 Nr. 3 genannten Zeiten, soweit sie nicht unter der vorstehenden Nr. 1 berücksichtigt sind.

§ 20

Anrechenbare weitere Dienstzeiten

(1) Als ruhegehaltfähige Dienstzeit können ganz oder teilweise berücksichtigt werden

1. kirchlicher Dienst (§ 53) als Pfarrer (§ 1 Absatz 2) außerhalb eines Dienstverhältnisses zu der Evangelischen Landeskirche in Baden oder einer anderen Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland,
2. andere im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst abgeleistete Dienstzeiten,
3. die vorgeschriebene Mindestzeit des theologischen Studiums und der praktisch-theologischen Ausbildung im Sinne der Studien- und Prüfungsordnung.

(2) Unter den Voraussetzungen des § 8 Satz 2 können mit Genehmigung des Landeskirchenrats auch Zeiten im privaten Dienst oder eine freiberufliche Tätigkeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, jedoch höchstens bis zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus.

§ 21

Rentenanrechnung

(1) Soweit versicherungspflichtige Beschäftigungszeiten als ruhegehaltfähig angerechnet werden,

wird die hierauf beruhende Rente und Zusatzrente nach den für die Landesbeamten geltenden Vorschriften auf die Versorgungsbezüge angerechnet.

(2) Entsprechendes gilt für Nachversicherungszeiten und für die nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten, für die der Dienstherr Beiträge zu Rentenversicherungen geleistet hat.

(3) Wird eine Zusatzrente nur deshalb nicht gewährt, weil der Pfarrer sich seine Beiträge nach Begründung des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses hat erstatten lassen, so wird bei Anwendung des Absatz 1 von der Zusatzrente ausgegangen, die gewährt würde, wenn die Beitragserstattung nicht beantragt worden wäre.

§ 22

Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

- (1) Die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht sich
1. für die Kriegszeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918
 - a) um die nach bisherigem Recht anrechenbaren Kriegsjahre für Teilnahme an Feldzügen,
 - b) um die Hälfte der wirklich abgeleisteten Dienstzeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat und nicht als Kriegsjahr nach Buchstabe a oder nach Absatz 2 erhöht anrechenbar ist,
 2. um ein Jahr, wenn der Pfarrer infolge Kriegsdienstes in der Zeit vom 1. September 1939 bis 8. Mai 1945 den Tod gefunden oder eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, die seine Versetzung in den Ruhestand zur Folge gehabt hat,
 3. um die Zeit einer vollen dienstlichen Verwendung im Warte- oder Ruhestand im Sinne der §§ 81 Absatz 3 bzw. 91 Absatz 3 des Pfarrerdienstgesetzes,
 4. um die gemäß § 32 Absatz 1 des Pfarrerdienstgesetzes im Wartestand verbrachte Zeit.

(2) Die Zeit der Verwendung eines Pfarrers in Ländern, in denen er gesundheitschädigenden klimatischen Einflüssen ausgesetzt ist, kann bis zum Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat.

§ 23

Nicht ruhegehaltfähige Zeiten

Nicht ruhegehaltfähig sind

1. die Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, soweit nicht die Berücksichtigung spätestens bei Beendigung eines den kirchlichen Belangen dienenden Urlaubs zugestanden ist,
2. die Zeiten eines Wartestandes, der nicht auf Grund des § 32 Absatz 1 des Pfarrerdienstgesetzes eingetreten ist. Soweit die Umstände, die zu der Versetzung in den Wartestand geführt haben, von dem Pfarrer nicht zu vertreten sind, kann der Landeskirchenrat die Zeit des Wartestandes teilweise oder ganz auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit anrechnen,
3. Dienstzeiten, die nach § 9 Absatz 1 bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters nicht berücksichtigt werden. § 9 Absatz 2 gilt entsprechend.

d) Höhe des Wartegeldes

§ 24

Allgemeines

(1) Das Wartegeld beträgt fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Für jedes volle und angefangene Jahr, das dem Pfarrer an fünfundzwanzig Jahren ruhegehaltfähiger Dienstzeit fehlt, wird das Wartegeld um zwei vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge niedriger bemessen. Das Wartegeld beträgt jedoch mindestens fünfzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

(2) Die Bestimmungen des Disziplinalgesetzes über die Höhe des Wartegeldes nach disziplinargerichtlicher Amtsenthebung bleiben unberührt.

§ 25

Wartegeld nach widerrufener Verwendung

Scheidet der Pfarrer aus einer vollen Verwendung im Sinne des § 81 Absatz 3 des Pfarrerdienstgesetzes wieder aus, so wird sein Wartegeld unter Berücksichtigung der verlängerten ruhegehaltfähigen Dienstzeit neu festgesetzt.

e) Höhe des Ruhegehalts

§ 26

Das Ruhegehalt beträgt bis zur Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit fünfunddreißig vom Hundert und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Dienstjahr um zwei vom Hundert und von da ab um eins vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert; ein Rest der ruhegehaltfähigen Dienstzeit von mehr als hundertzwei- undachtzig Tagen gilt als vollendetes Dienstjahr. Als Ruhegehalt wird mindestens ein Betrag in Höhe des Mindestruhegehalts nach den für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen gewährt.

3. Unterhaltsbeitrag

§ 27

Der Evangelische Oberkirchenrat kann einem unständigen Geistlichen, der infolge Dienstunfähigkeit aus dem Dienst entlassen wird, einen widerruflichen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe von fünfunddreißig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bewilligen.

4. Hinterbliebenenversorgung

a) Sterbemonat

§ 28

(1) Den Erben eines verstorbenen Pfarrers verbleiben für den Sterbemonat die Dienstbezüge des Verstorbenen einschließlich der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte sowie die Nebenbezüge aus Erteilung von Religionsunterricht.

(2) Bei Pfarrern im Warte- oder Ruhestand sowie bei ehemaligen Pfarrern tritt an die Stelle der Dienstbezüge das Wartegeld, das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag.

(3) Die an den Verstorbenen noch nicht gezahlten Teile der Bezüge für den Sterbemonat können statt an die Erben auch an die in § 29 Absatz 1 bezeichneten Hinterbliebenen gezahlt werden.

b) Sterbegeld und Dienstwohnung

§ 29

Sterbegeld

(1) Beim Tode eines Pfarrers mit Dienstbezügen erhalten der überlebende Ehegatte, die ehelichen Abkömmlinge des Pfarrers sowie die von ihm an Kindes Statt angenommenen Kinder Sterbegeld. Es ist in zweifacher Höhe der Dienstbezüge des Verstorbenen ausschließlich der Kinderzuschläge und der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte in einer Summe zu zahlen. § 28 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Sind Hinterbliebene im Sinne des Absatzes 1 nicht vorhanden, so ist Sterbegeld auf Antrag zu gewähren

1. Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern und Stiefkindern, die zur Zeit des Todes zur häuslichen Gemeinschaft des Verstorbenen gehört haben, oder deren Ernährer der Verstorbene ganz oder überwiegend gewesen ist,
2. sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, bis zur Höhe ihrer Aufwendungen.

§ 30

Dienstwohnung

(1) Die Dienstwohnung des verstorbenen Pfarrers steht der hinterlassenen Familie noch zwei Monate nach dem Sterbemonat unentgeltlich und einen weiteren Monat gegen angemessene Vergütung zu. Die frühere Räumung der Wohnung kann nur aus dienstlichen Rücksichten und vor Beginn des dritten Monats nur gegen Entschädigung verlangt werden.

(2) Die Familie des Verstorbenen ist verpflichtet, dem den Pfarrdienst vershenden Pfarrer nach Bedarf Unterkunft in der Pfarrwohnung kostenlos zu gewähren und die Diensträume zur Verfügung zu stellen.

c) Witwen- und Waisenbezüge

§ 31

Anspruch auf Witwengeld

Die Witwe eines Pfarrers, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines versorgungsberechtigten Ruhestandspfarrers erhält Witwengeld. Dies gilt nicht,

1. wenn die Ehe mit dem Verstorbenen weniger als drei Monate gedauert hat und die Annahme gerechtfertigt ist, daß es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe eine Versorgung zu verschaffen, oder
2. wenn die Ehe erst nach dem Eintritt des Pfarrers in den Ruhestand geschlossen worden ist und der Pfarrer zur Zeit der Eheschließung das siebzigste Lebensjahr bereits vollendet hatte, oder

3. in den Fällen der §§ 37 und 38 des Pfarrerdienstgesetzes.

§ 32

Höhe des Witwengeldes

(1) Das Witwengeld beträgt sechzig vom Hundert des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder erhalten hätte, wenn er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Änderungen des Mindestruhegehalts (§ 26 Satz 2) sind zu berücksichtigen.

(2) War die Witwe mehr als zwanzig Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das Witwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschieds über zwanzig Jahre um fünf vom Hundert gekürzt, jedoch höchstens um fünfzig vom Hundert. Nach fünfjähriger Dauer der Ehe werden für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrag fünf vom Hundert des Witwengeldes hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Das nach Satz 1 errechnete Witwengeld darf nicht hinter dem Mindestwitwengeld (Absatz 1 in Verbindung mit § 26) zurückbleiben.

(3) Absatz 2 gilt nicht, wenn aus der Ehe ein Kind hervorgegangen ist.

(4) Von dem nach Absatz 2 gekürzten Witwengeld ist auch bei der Anwendung des § 37 auszugehen.

§ 33

Witwenabfindung

(1) Eine Witwe, die Anspruch auf Witwengeld hat, erhält im Falle einer Wiederverheiratung eine Abfindung.

(2) Die Abfindung beträgt das Vierundzwanzigfache des Witwengeldes des Monats, in dem sich die Witwe wiederverheiratet; ist bei Anwendung des § 47 Absatz 1 Nr. 2 das Witwengeld nicht in voller Höhe zu zahlen, so ist der zu zahlende Betrag der Witwenabfindung zugrunde zu legen. Die Abfindung ist in einer Summe zu zahlen.

(3) Lebt der Anspruch auf Witwengeld nach § 50 Absatz 3 wieder auf, so ist die Witwenabfindung, soweit sie für eine Zeit berechnet ist, die nach dem Wiederaufleben des Witwengeldes liegt, in angemessenen monatlichen Teilbeträgen einzubehalten.

§ 34

Unterhaltsbeitrag für frühere Ehefrauen

(1) Der schuldlos oder aus überwiegendem Verschulden des Ehemannes geschiedenen Ehefrau eines verstorbenen Pfarrers, die im Falle des Fortbestehens der Ehe Witwengeld erhalten hätte, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes insoweit gewährt werden, als ihr der Verstorbene zur Zeit seines Todes Unterhalt zu leisten hatte. Eine später eingetretene oder eintretende Änderung der Verhältnisse kann berücksichtigt werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die einer schuldlos oder aus überwiegendem Verschulden des Ehemannes geschiedenen Ehefrau gleichgestellte frühere Ehefrau eines verstorbenen Pfarrers, dessen Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt war.

§ 35

Anspruch auf Waisengeld

(1) Die ehelichen und die an Kindes Statt angenommenen unverheirateten Kinder eines verstorbenen Pfarrers, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines verstorbenen versorgungsberechtigten Ruhestandspfarrers erhalten Waisengeld.

(2) Kein Waisengeld erhalten die Kinder eines verstorbenen Pfarrers, wenn sie aus einer in § 31 Nr. 2 oder 3 genannten Ehe stammen oder wenn sie erst nach Vollendung des siebzigsten Lebensjahres des Pfarrers an Kindes Statt angenommen worden sind.

§ 36

Höhe des Waisengeldes

(1) Das Waisengeld beträgt für die Halbwaise zwölf vom Hundert und für die Vollwaise zwanzig vom Hundert des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder erhalten hätte, wenn er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Als Waisengeld wird mindestens für Halbweisen ein Betrag in Höhe des zweifachen, für Vollweisen in Höhe des dreifachen Grundbetrags des Kinderzuschlags gewährt.

(2) Wenn die Mutter des Kindes des Verstorbenen nicht zum Bezuge von Witwengeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag nach § 34 in Höhe des Witwengeldes erhält, wird das Waisengeld nach dem Satz für Vollweisen gezahlt; es darf zuzüglich des Unterhaltsbeitrages den Betrag des Witwengeldes und Waisengeldes nach dem Satz für Halbweisen nicht übersteigen.

(3) Soweit Waisengeld gegenüber einer nicht-kirchlichen öffentlichen Kasse beansprucht werden kann, entfällt der Anspruch auf Waisengeldzahlung nach diesem Gesetz.

§ 37

Höchstbetrag der gesamten Hinterbliebenenversorgung

Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des ihrer Berechnung zugrunde zu legenden Ruhegehalts übersteigen. Ergibt sich an Witwen- und Waisengeld zusammen ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt.

§ 38

Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

Den Hinterbliebenen eines Pfarrers, dem nach § 27 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, kann die in den §§ 31 bis 37 vorgesehene Versorgung bis zur Höhe des Witwen- und Waisengeldes als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden. Entsprechendes gilt für die Fälle des § 31 Nr. 2 und 3 und des § 35 Absatz 2.

§ 39

Beginn der laufenden Hinterbliebenenbezüge

Die Zahlung des Witwen- und Waisengeldes sowie eines Unterhaltsbeitrags nach den §§ 34 und 38 beginnt mit Ablauf des Sterbemonats. Kinder,

die nach diesem Zeitpunkt geboren werden, erhalten Waisengeld vom Ersten des Geburtsmonats ab.

d) Bezüge bei Verschollenheit

§ 40

(1) Ein verschollener Pfarrer oder Versorgungsempfänger erhält die ihm zustehenden Dienst- oder Versorgungsbezüge bis zum Ablauf des Monats, in dem der Evangelische Oberkirchenrat feststellt, daß sein Ableben mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

(2) Im übrigen sind in solchen Fällen die für Landesbeamte geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(3) Die Ehefrauen und Kinder der im zweiten Weltkrieg vermißten Pfarrer werden besoldungsrechtlich wie Witwen und Waisen behandelt. Bei Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit wird die Zeit bis zum Ende des Jahres, in dem der Pfarrer nach den vorhandenen Nachrichten noch gelebt hat oder in dem er für vermißt erklärt wurde, mindestens jedoch die Zeit bis 31. Dezember 1945, als aktive Dienstzeit gerechnet.

5. Kinderzuschlag

§ 41

Neben Wartegeld, Ruhegehalt, Witwengeld, Voll-Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag wird Kinderzuschlag nach den Bestimmungen des § 14 gewährt. Witwen erhalten den Kinderzuschlag neben Witwengeld in diesem Rahmen auch für Kinder, die sie selbst an Kindes Statt angenommen oder als Pflegekinder in ihre Wohnung aufgenommen haben.

6. Unfallfürsorge

§ 42

Dienstunfall

Wird ein Pfarrer durch einen Dienstunfall verletzt, so wird ihm und seinen Hinterbliebenen Unfallfürsorge gewährt. Der Unfallfürsorgeanspruch ist innerhalb einer Ausschußfrist von zwei Jahren nach Eintritt des Dienstunfalles beim Evangelischen Oberkirchenrat anzumelden. Auf die Unfallfürsorge finden im übrigen die jeweils für die Landesbeamten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Erwirbt der Pfarrer durch den Dienstunfall Ersatzansprüche gegen den Schädiger, so ist er verpflichtet, diese Ansprüche insoweit an die Landeskirche abzutreten, als ihm diese Unfallfürsorge gewährt.

§ 43

Kriegsunfall

Ist der Pfarrer infolge eines Unfalles, den er während seines kirchlichen Dienstverhältnisses im ersten oder zweiten Weltkrieg in Ausübung militärischen oder militärähnlichen Dienstes (§§ 2, 3 des Bundesversorgungsgesetzes) oder in einer Kriegsgefangenschaft des ersten oder zweiten Weltkrieges erlitten hat, in den Ruhestand getreten oder an den Folgen des Unfalles oder in der Kriegs-

gefangenschaft verstorben, so wird der Hundertsatz des Ruhegehalts um zwanzig vom Hundert bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert erhöht.

7. Abfindung

§ 44

(1) Endet das Dienstverhältnis einer Pfarrerin oder Vikarin infolge Verheiratung (§ 98 Absatz 3 des Pfarrerdienstgesetzes), so erhält sie auf Antrag eine Abfindung. Der Antrag ist spätestens innerhalb von drei Monaten nach dem Tag der Entlassung oder der Eheschließung zu stellen.

(2) Die Abfindung beträgt nach vollendetem zweiten oder dritten Dienstjahr das Zweifache, nach vollendetem vierten oder fünften Dienstjahr das Dreifache der Dienstbezüge des letzten Monats und steigt vom vollendeten sechsten Dienstjahr ab um je einen Monatsbetrag.

(3) Im übrigen sind die Vorschriften über die Abfindung von Landesbeamtinnen entsprechend anzuwenden.

8. Ruhen der Versorgungsbezüge

§ 45

Verwendung im öffentlichen Dienst

(1) Bezieht ein Versorgungsberechtigter aus einer Verwendung im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst ein Einkommen, so erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Pfarrer im Warte- oder Ruhestand und für Witwen die für denselben Zeitraum bemessenen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen die Versorgungsbezüge berechnet sind,
2. für Waisen vierzig vom Hundert der unter Nr. 1 bezeichneten Dienstbezüge.

§ 46

Wohnsitz im Ausland

Das Recht auf Versorgungsbezüge ruht, solange der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt ohne Genehmigung des Evangelischen Oberkirchenrats im Ausland hat.

§ 47

Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

(1) Erhalten aus einer Verwendung im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst an neuen Versorgungsbezügen

1. ein Pfarrer im Warte- oder Ruhestand Wartegeld, Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,
2. eine Witwe oder Waise aus der Verwendung des verstorbenen Pfarrers Witwengeld, Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. eine Witwe Wartegeld, Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,

so sind daneben die früheren Versorgungsbezüge nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Pfarrer im Warte- oder Ruhestand (Absatz 1 Nr. 1) das Wartegeld oder Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit aus den der Festsetzung des früheren Versorgungsbezugs zugrunde gelegten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ergibt,
2. für Witwen oder Waisen (Absatz 1 Nr. 2) das Witwen- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nr. 1 ergibt,
3. für Witwen (Absatz 1 Nr. 3) fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt berechnet ist.

(3) Erwirbt eine Pfarrerin im Warte- oder Ruhestand einen Anspruch auf Witwengeld, so erhält sie daneben ihr Wartegeld oder Ruhegehalt nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 Nr. 3 bezeichneten Höchstgrenze. Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter dem Wartegeld oder Ruhegehalt der Witwe zurückbleiben.

§ 48

Anrechnung von Versorgungsbezügen aus früherem öffentlichen Dienst

(1) Erhält ein in den Warte- oder Ruhestand versetzter Pfarrer aus einem früheren öffentlichen Dienst eine Versorgung, so ist daneben das kirchliche Wartegeld oder Ruhegehalt nur bis zu der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Höchstgrenze ist der Betrag, den der Empfänger erhalten würde, wenn seine Versorgung unter Berücksichtigung seiner gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit aus den höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen zu berechnen wäre.

(3) Auf Versorgungsbezüge von Hinterbliebenen findet Absatz 1 entsprechende Anwendung.

9. Erlöschen der Versorgungsbezüge

§ 49

Erlöschen des Anspruchs auf Wartegeld und Ruhegehalt

Der Anspruch auf Wartegeld und auf Ruhegehalt erlischt, wenn

1. der Pfarrer auf einer Pfarrstelle im Bereich der Landeskirche wieder angestellt wird,
2. das Dienstverhältnis unter Verlust des Anspruchs auf Besoldung und Versorgung endet.

§ 50

Erlöschen und Wiederaufleben des Anspruchs auf Hinterbliebenenversorgung

(1) Der Anspruch der Witwen und Waisen auf Versorgungsbezüge erlischt

1. für jeden Berechtigten mit dem Ende des Monats, in dem er sich verheiratet oder stirbt,
2. für jede Waise außerdem mit dem Ende des Monats, in dem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

(2) Das Waisengeld soll nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres gewährt werden für eine ledige Waise,

1. die in einer die Arbeitskraft überwiegend beanspruchenden Schul- oder Berufsausbildung steht, bis zur Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres,
2. die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd außerstand ist, sich selbst zu unterhalten, auch über das fünfundzwanzigste Lebensjahr hinaus.

Verzögert sich die Schul- oder Berufsausbildung aus einem Grunde, der nicht in der Person der Waise liegt, oder durch Krankheit oder Unfall über das fünfundzwanzigste Lebensjahr hinaus, so kann das Waisengeld entsprechend dem Zeitraum der nachgewiesenen Verzögerung länger gewährt werden.

(3) Hat eine Witwe sich wieder verheiratet und stirbt der Ehemann, so lebt der Anspruch auf das Witwengeld wieder auf; ein von der Witwe inzwischen erworbener neuer Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruch ist auf das Witwengeld anzurechnen.

(4) Wird die neue Ehe auf andere Weise als durch den Tod des Ehemannes aufgelöst, so kann der Witwe ein widerruflicher Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des früheren Witwengeldes gewährt werden. Der Auflösung der Ehe steht die Nichtigerklärung gleich.

§ 51

Entziehung der Hinterbliebenenversorgungsbezüge

(1) Der Landeskirchenrat kann Empfängern von Hinterbliebenenversorgung die Versorgungsbezüge wegen unwürdigen Wandels oder Austritts aus der Landeskirche oder Ärgernis gebender Verachtung der evangelischen Kirche ganz oder teilweise entziehen.

(2) Der Betroffene und der Bezirkskirchenrat sind zu hören. Dem Betroffenen kann im Verfahren vor dem Landeskirchenrat ein Amtsträger der Landeskirche Beistand leisten. Die Entscheidung des Landeskirchenrats ist schriftlich zu begründen und dem Betroffenen zuzustellen.

IV. Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften und sonstige Bestimmungen

1. Monatliche Zahlung

§ 52

Die Dienst- und Versorgungsbezüge werden monatlich im voraus gezahlt. Der Landeskirchenrat kann die Bezugszeiten aus triftigen Gründen anderweitig regeln und nachträgliche Auszahlung anordnen.

2. Kirchlicher Dienst (Begriffsbestimmung)

§ 53

Kirchlicher Dienst im Sinne dieses Gesetzes ist auch der Dienst in missionarischen, diakonischen oder sonstigen kirchlichen Werken und Einrichtungen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform.

3. Jubiläumsgabe, Weihnachtzuwendung

§ 54

(1) Den Pfarrern ist anlässlich des fünfundzwanzig-, vierzig- und fünfzigjährigen Dienstjubiläums eine Jubiläumsgabe zu zahlen.

(2) Die Pfarrer und die Empfänger von Versorgungsbezügen erhalten eine Weihnachtzuwendung.

(3) Die für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen sind entsprechend anzuwenden, soweit der Evangelische Oberkirchenrat mit Zustimmung des Landeskirchenrats nichts anderes anordnet.

4. Allgemeine Änderungen in der Höhe der Dienst- und Versorgungsbezüge

§ 55

(1) Die durch dieses Gesetz geregelten Dienst- und Versorgungsbezüge können durch kirchliches Gesetz geändert werden.

(2) Ändern sich die Dienst- und Versorgungsbezüge für Landesbeamte, so soll der Landeskirchenrat durch eine Vorlage an die Landessynode eine entsprechende Anwendung auf die Pfarrer vorschlagen. Der Landeskirchenrat kann die Übernahme einer Erhöhung vorläufig und vorbehaltlich der Genehmigung der Landessynode im Rahmen der im Haushaltsplan der Landeskirche hierfür vorgesehenen Mittel beschließen. Die Übernahme einer Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Landesbeamten kann ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, wenn dies mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des kirchlichen Dienstes oder mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Landeskirche geboten erscheint.

5. Ergänzende Anwendung staatlicher Bestimmungen

§ 56

Sieht dieses Gesetz im Einzelfall eine ausdrückliche Regelung nicht vor, so sind die jeweils für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen ergänzend anzuwenden, soweit nicht besondere kirchliche Bestimmungen entgegenstehen oder eine sinngemäße Anwendung aus sonstigen kirchlichen Gründen ausgeschlossen ist.

V. Abschnitt

Übergangs-, Ausführungs- und Schlußbestimmungen

1. Übergangsbestimmungen

§ 57

Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, die nach diesem Gesetz keinen Versorgungsanspruch hätten, behalten ihre Versorgungsansprüche.

2. Ausführungsbestimmungen, Härtefälle

§ 58

Der Evangelische Oberkirchenrat wird ermächtigt, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen

zu diesem Gesetz sowie Vorschriften zur Abrundung auszahlender Beträge zu erlassen. Er kann im Benehmen mit dem Landeskirchenrat allgemeine Bestimmungen für Härtefälle treffen, in denen die besondere Lage der Verhältnisse eine abweichende Regelung erfordert.

3. Inkrafttreten

§ 59

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1963 in Kraft.

(2) Auf den gleichen Zeitpunkt treten alle Bestimmungen, die durch dieses Gesetz ersetzt oder mit ihm nicht zu vereinbaren sind, außer Kraft, insbesondere:

1. das Pfarrerbesoldungsgesetz vom 25. 11. 1959 (VBl. S. 92) mit Änderung vom 28. 10. 1960 (VBl. S. 52),

2. das Ruhehaltgesetz in der Fassung vom 2. 1. 1961 (VBl. S. 1) mit Änderung vom 24. 10. 1962 (VBl. S. 105),
3. das Hinterbliebenenversorgungsgesetz in der Fassung vom 2. 1. 1961 (VBl. S. 5) mit Änderung vom 24. 10. 1962 (VBl. S. 106),
4. das kirchliche Gesetz über die Versorgung der Pfarrer im Wartestand vom 24. 10. 1962 (VBl. S. 105),
5. das kirchliche Gesetz über die Bezüge der vermißten Pfarrer, Vikare und Beamten in der Fassung vom 2. 1. 1961 (VBl. S. 8), soweit es die Pfarrer und Vikare betrifft.

Dieses Gesetz wird hiermit verkündet.

Karlsruhe, den 25. April 1963

Der Landesbischof
D. Bender